



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Massow, W. von: Die Politik des Fürsten Bülow

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Politik des Fürsten Bülow

Von W. von Massow



U n der großen Rede, die Fürst Bülow am 14. November 1906 im Reichstag hielt und in der er eine umfassende Übersicht über die Grundzüge seiner auswärtigen Politik gab, ließ er an geeigneter Stelle die Bemerkung einfließen, daß er keine Denkwürdigkeiten hinterlassen werde. Das war eine vom Reichstag mit verständnisvoller Heiterkeit aufgenommene und natürlich auch sonst allgemein richtig verstandene Anspielung; denn in dem Sommer zuvor waren die Denkwürdigkeiten seines Vorgängers, des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, erschienen und hatten in der politischen Welt viel Staub aufgewirbelt. Fürst Bülow hatte recht und durfte des Einverständnisses ernster Politiker sicher sein, wenn er durch seine kurz und scheinbar unpointiert hingeworfene Bemerkung befundete, daß er den Wert von vertraulichen Briefen und Notizen, die ein im Mittelpunkt des politischen Betriebes stehender Staatsmann zur Festhaltung augenblicklicher Situationen, Gedanken und Eindrücke und zur Stütze des Gedächtnisses dem Papier anvertraut, nicht allzu hoch einschätze. Wenigstens nicht, soweit dieses intime Material durch die Veröffentlichung einer Menge von Leuten ausgeliefert wird, die die hierbei notwendige Voraussetzung kritischer Fähigkeiten nicht erfüllen. Der Inhalt solcher Denkwürdigkeiten wird in der Hand unkritischer Leser sehr leicht zu einer Kette von Indiskretionen, die wohl interessieren, aber nur in bedingtem Sinne aufklären.

Damit ist nicht ausgesprochen, daß ein leitender Staatsmann, wenn er von der Bühne seines Wirkens abgetreten ist, überhaupt verstummen oder es dem zukünftigen Geschichtsschreiber allein überlassen soll, aus der stummen

Sprache der Archive seine Gedanken und Absichten wieder erstehen zu lassen. Wir wollen vielmehr die Stimme derer hören, die an verantwortlicher Stelle Weltgeschichte haben machen helfen; wir wollen sie hören, solange sie unter den Lebenden weilen, ja noch mehr: wir haben ein Unrecht darauf. Zwar herrscht bei uns noch die Gepflogenheit, daß der Rücktritt vom Amt für einen Staatsmann in der Regel zugleich den Abschluß politischer Tätigkeit überhaupt bedeutet. Das ist ein Überbleibsel aus der Zeit des Absolutismus und des damit zusammenhängenden bürokratischen Staatsbegriffs, eine Überlieferung, die, genau betrachtet, dem Wesen des modernen Verfassungsstaats durchaus widerspricht. Aber wo solche Gewohnheiten einmal Bestandteile einer im allgemeinen mit Recht hochgehaltenen Tradition geworden sind, da sind sie sehr schwer auszuschalten. Und so werden wir leider wohl noch lange damit rechnen müssen, daß in der freien, außeramtlichen Mitarbeit am Staatswohl, zu der im Rahmen und nach Maßgabe der Verfassung eigentlich jeder Staatsbürger ermutigt werden sollte, gerade die berufensten und erfahrensten Kräfte nicht in dem Maße zur Geltung kommen, wie es dem Staatsinteresse entsprechen würde. Man weist ihnen einen Platz im Herrenhause an, man hindert sie nicht, sich um ein Abgeordnetenmandat zu bewerben, aber lieber sieht man es doch in der amtlichen Welt, wenn sie als schweigende Zuschauer vor der politischen Bühne sitzen und ihre Nachfolger von dem Alpdruck möglicher Indiskretionen und unbequemer Kritik befreien.

Um so dankbarer müssen alle, die für ihr politisches Urteil um der Schrullen einer überwundenen Epoche willen nicht auf eine sachliche Aufklärung verzichten möchten, es begrüßen, wenn ein ehemaliger leitender Staatsmann in der vornehmsten Form schriftstellerischer Gedankendarlegung, fern von jeder Sensationsmacherei oder Enthüllungsgelüsten, von seiner politischen Tätigkeit Rechenschaft ablegt. Fürst Bülows prächtige Darstellung der deutschen Politik in dem bei Reimar Hobbing erschienenen Sammelwerk „Deutschland unter Kaiser Wilhelm II“ ist ein solcher Rechenschaftsbericht, der ja auch nach seinem Erscheinen seiner Bedeutung entsprechend in der Presse aller Länder gewürdigt worden ist. Dergleichen Erscheinungen können aber mit den üblichen Besprechungen in der Tagespresse nicht als erledigt gelten; sie wollen wiederholt studiert und auf ihren geschichtlichen und politischen Wert geprüft sein. Wenn an dieser Stelle noch einmal auf die Bedeutung der Politik des Fürsten Bülow auf Grund seiner eigenen Darstellung hingewiesen werden soll, so kann es hierbei freilich nicht darauf ankommen, bei Einzelheiten zu verweilen und sie kritisch zu zergliedern, sondern es gilt, zeitlich und inhaltlich diese bedeutsame Veröffentlichung als Ganzes in das rechte Licht zu setzen.

Fürst Bülow hat nach seinem Rücktritt eine Reihe von Jahren vergehen lassen, ehe er eine sich ihm bietende Gelegenheit ergriff, wieder einmal zum deutschen Volke zu sprechen. Man darf sagen, daß der gewählte Zeitpunkt diesen Schritt nicht nur rechtfertigte, sondern vielmehr besonders dankenswert

erscheinen ließ. Wir befinden uns, was die innerpolitischen Verhältnisse betrifft, seit dem Scheiden des Fürsten Bülow aus seinem Amt in einem Zustand der Verwirrung und Zersahrenheit. Das ist, wenn man die Dinge ganz objektiv betrachtet, nicht die Schuld der Regierung — weder des früheren Reichskanzlers noch seines Nachfolgers —, sondern ganz offenbar die Schuld der Parteien; das wird man auch dann einräumen müssen, wenn man jeder Partei das Recht zugesteht, ihre eigene Handlungsweise in der großen Krisis für subjektiv berechtigt zu halten. Es ist unter solchen Umständen nichts natürlicher, als daß jede Partei sich nach Möglichkeit zu entlasten sucht und ihren Schuldanteil an der entstandenen Verwirrung der Stelle zuschiebt, die am wenigsten in der Lage ist, die weitere politische Entwicklung unmittelbar zu beeinflussen, und diese Stelle ist der Staatsmann, der eben um der Schuld der Parteien willen die Zügel aus der Hand gelegt hat. Die Verehrer und Anhänger des Fürsten Bülow, die von der Überzeugung durchdrungen waren, daß er die deutsche Politik den rechten Weg führte, wurden mit Schmerz gewahr, daß die Parteien — vielleicht nicht immer in bewußtem Schuldgefühl, sondern wohl mehr aus jenem Instinkt der Einseitigkeit, der den Gedankenkreis des echten Parteimannes beherrscht — die geschichtlichen Tatsachen nach ihrem Inhalt, ihrer Gruppierung und ihrer Bedeutung in der Erinnerung umzumodeln suchten, bis sie zu dem erwünschten Ergebnis kamen, daß das sonnenklare Recht auf ihrer Seite gewesen sei, als sie dem Fürsten Bülow die Fortführung seiner Politik unmöglich machten. Anfangs, als sich die Parteien unter dem frischen Eindruck der Krisis gegenseitig mit leidenschaftlichen Vorwürfen überschütteten und für jeden vermittelnden Gedanken sowie auch für die Schätzung der Folgen blind und taub waren, übten sie noch einige Vorsicht, da noch Unsicherheit herrschte, wie sich Fürst Bülow selbst nach seinem Rücktritt verhalten würde. Als man aber merkte, daß der ehemalige Reichskanzler in vornehmer Zurückhaltung verharrete, daß er es ablehnte, irgendwie auch nur mittelbar in die Parteikämpfe einzugreifen, gewann die natürliche Rücksichtslosigkeit des Parteiinteresses immer offener die Oberhand. Je länger je mehr fing die Parteipresse rechts und links, die allmählich doch das Urteil eines wertvollen Bruchteils der öffentlichen Meinung fürchten lernte, an, die politischen Verdienste des Fürsten Bülow systematisch zu zerpflücken. Aus den ursprünglichen Rechtfertigungsversuchen des Parteiverhaltens — Versuchen, die noch gänzlich defensiven Charakter trugen — wurden mit der Zeit schärfer betonte Behauptungen, die so aussahen, als habe man mit der Zeit doch erfahren und eingesehen, daß die Bülowsche Politik mehr oder weniger verfehlt gewesen sei. Jetzt auf einmal hörte man, daß dem Fürsten Bülow alle möglichen Erfolge abgesprochen wurden, die man früher anerkannt hatte, daß er in der auswärtigen Politik nichts erreicht, in der inneren Politik die Verwirrung der letzten Jahre verschuldet habe.

Der Fürst persönlich hätte wohl diese unschönen Zeugnisse für die Undankbarkeit, Kleinlichkeit und Gewissenlosigkeit des Parteigeistes noch länger mit der

heiteren Gelassenheit ertragen, die dem Welt- und Menschenkenner als beste Waffe zu Gebote steht gegenüber solchen Erbärmlichkeiten des Lebens, die an berechtigten Stolz und an das Bewußtsein erfüllter Pflicht und hervorragender Leistungen nicht heranreichen. Aber es zeigte sich, daß die Sache, das Interesse des Staates und des Vaterlandes darunter litt. Es war nicht gut, daß der Parteigoismus vollkommen freie Hand behielt, die ganzen Voraussetzungen, die geschichtlichen Grundlagen der politischen Situation willkürlich umzugestalten, das Verständnis für das Geschehene zu zerstören, indem es der Öffentlichkeit nur unter Gesichtspunkten dargestellt wurde, die nicht die Gedanken und Absichten des damaligen leitenden Staatsmannes wiedergaben. Fürst Bülow hat daher den Zeitpunkt für gekommen erachtet, persönlich in voller Öffentlichkeit eine zusammenhängende Darstellung und Begründung seiner gesamten Politik zu geben, ohne Spitze und Polemik, nicht die Absicht der Verteidigung voranstellend, sondern die der Aufklärung.

Die Parteikritik knüpft immer an Einzelheiten an. Auf diesem Wege indessen kann man nicht zur gerechten Würdigung der Politik eines Staatsmannes gelangen. Erstens weil man dann die Dinge nicht in der richtigen Perspektive sieht, und zweitens weil auch der größte Staatsmann nur ein sterblicher Mensch ist, der niemals die Dinge so sehen kann, wie sie hinterher wahrgenommen werden können, wenn ein Teil der Folgen wirklich eingetreten ist. Es ist nichts leichter, als selbst einem Bismarck sogenannte „Fehler“ nachzuweisen, d. h. Maßregeln, deren ungünstige Folgen ihm von dieser oder jener Seite vorausgesagt wurden und auch wirklich eintraten. Waren darum die Warner jedesmal klüger als Bismarck und hatte er unrecht, ihnen nicht zu folgen? Es ist selbstverständlich, daß auch Bismarck nicht unfehlbar war und manchmal geirrt hat, aber die nähere Prüfung dessen, was in den Augen überkluger Kritiker als Fehler angesehen wurde, zeigt sehr häufig, daß er trotzdem im Sinne der höheren Zwecke, die er verfolgen mußte, recht hatte und die Warner und Kritiker unrecht. Sehr oft muß der Staatsmann auf seinen vielverschlungenen Wegen von vielen Übeln das kleinste wählen; dann ist es mitunter für andere Leute sehr leicht und wohlfeil, klüger zu sein. Wir müssen die Politik eines Staatsmannes als ein Ganzes auffassen und diesem Ganzen die Einzelheiten einfügen und unterordnen.

Was kann nun als der wesentliche Inhalt der Politik des Fürsten Bülow bezeichnet werden? Von welchem Grundgedanken ist sie ausgegangen, und auf welchen Wegen suchte sie den Zweck jeder ernsthaften Politik, die Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes, zu erreichen? Man darf wohl sagen, daß Fürst Bülow die zeitgemäße Weiterführung der Politik des Fürsten Bismarck anstrebte. Das klingt vielleicht etwas sehr allgemein und unbestimmt, wenn man die Vielseitigkeit und Größe der Politik Bismarcks in Betracht zieht. Sehr viel bestimmter jedoch werden die Umrisse der Sache, wenn man mit gründlicher und sorgfältiger Prüfung der Frage näher tritt, welche Bahn Fürst Bismarck

verfolgt hat, nachdem er den ersten, allerdings den gewaltigsten Teil seiner Lebensaufgabe erfüllt hatte. Hier ist vor allem darauf hinzuweisen, daß die Mitwelt, die unter dem frischen Eindruck der großen Taten Bismarcks aus der Zeit der Reichsgründung stand und das Fortwirken der großen Persönlichkeit in der Reichspolitik unmittelbar empfand, leicht zu einer falschen Auffassung über den eigentlichen Sinn und die Ziele dieser weiteren Politik gelangen konnte. Tatsächlich suchte ein großer Teil dieser Mitwelt diese Ziele in dem raschen Vorwegnehmen weiterer Machtstufen, in der äußeren Ausbreitung des kontinentalen Machtbereiches, in der dauernden Verblüffung und Niederhaltung des Auslandes. Da gewisse Erscheinungen im Sinne dieses Programmes als ungewollte Wirkungen der ungewöhnlichen Persönlichkeit Bismarcks — man kann sogar ruhig sagen: der Furcht vor Bismarck — in den ersten zwei Jahrzehnten des Reiches unleugbar zu bemerken waren, so fanden sich in den besten nationalen Kreisen Leute genug, die die Politik Bismarcks gar nicht anders verstehen konnten und wollten. Es sind dieselben Leute, die auch noch heutigen Tages von der Vorstellung nicht loskommen, daß mit dem Jahre 1890 ein Herabsinken des Reiches von seiner Höhe begonnen habe, weil die Wege der Bismarckschen Politik verlassen worden seien. Man kann es sympathisch begrüßen, daß in unserem leicht zu Philistertum und Bequemlichkeit neigenden, im ganzen ziemlich unpolitisch veranlagten Volk sich Gruppen finden, die sich diesen nationalen Schwung bewahren und ihn zu verbreiten suchen, und gewiß wird man den Vertretern dieser Richtung persönlich hohe Achtung zollen. Bessere politische Einsicht muß uns freilich sagen, daß dieser Standpunkt für die praktische Politik recht unbrauchbar ist. Er übersieht, wie schlecht fundiert für praktische Aufgaben der Politik dieses Baugerüst sein würde, wie groß dabei die Gefahr ist, daß mit Scheinwerten, mit nicht probenhaltigen Hilfsmitteln bearbeitet wird. Er übersieht weiter, daß eine solche, nur auf die persönlichen Ausstrahlungen einer seltenen, genialen Persönlichkeit basierte Politik gar nicht festgehalten werden konnte, sondern nach dem Lauf der Natur ihr Ende finden mußte, auch wenn die Nachfolger alle die vermeintlichen Fehler nicht gemacht hätten, mit denen sie vom übereifrigen Patrioten belastet wurden. Er übersieht endlich — und das ist die Hauptsache —, daß Fürst Bismarck selbst, wenn er auch die Furcht der Feinde des Deutschen Reiches vor seinem Genie und seiner Tatkraft kannte und in seine Rechnung einstellte, es doch auf das entschiedenste ablehnte, hierin das Prinzip der deutschen Politik, die Aufgabe der deutschen Zukunft zu sehen. Das Studium seiner Politik nach 1871, seiner Reden, seiner Gespräche, der von ihm inspirierten Ausführungen in der Presse, seiner „Gedanken und Erinnerungen“, — alles das zeigt deutlich und bestimmt, daß er ein weiteres Vorwärtstreben der deutschen Macht, unter Ausnutzung der vom Kriegsglück gegebenen Lage und der dadurch verursachten Furcht und Verblüffung Europas nicht wollte. Er wollte es nicht, weil er die zahlreichen Warnungszeichen kannte, die die Weltgeschichte für solche Politik aufgerichtet hat; er wollte es

auch nicht, weil er wußte, daß solche Politik am letzten Ende im deutschen Charakter keine Stütze findet. Fein und treffend sagt Fürst Bülow: „Die rastlose Art anderer Völker, aus den erreichten Erfolgen den Ansporn zu neuen größeren Wagnissen zu schöpfen, fehlt dem Deutschen fast gänzlich. Unsere politische Art ist nicht die des waghalsig spekulierenden Kaufmannes, sondern mehr die des bedächtigen Bauern, der nach sorgfamer Aussaat geduldig die Ernte erwartet.“

Die wahre Bismarcksche Politik ist also eine andere, als sie von politischen Heißspornen gewöhnlich gezeichnet wird: Gewöhnung Europas an den 1871 geschaffenen Status, Beseitigung des erweckten Mißtrauens gegen die Ziele des Deutschen Reiches, Verhinderung friedensstörender Koalitionen, Betonung, daß Deutschland ein „saturierter“ Staat sei, Pflege aller friedlichen Entfaltungsmöglichkeiten für neue Kräfte, die für die Zukunft Deutschlands bedeutungsvoll werden könnten, zum Schutz des Ganzen allerdings die vollendete Bereitschaft der kriegerischen Rüstung des Reiches, — so und nicht anders wollte Bismarck das Fundament für die weitere Entwicklung bauen. Und auf diesem Fundament friedlicher Arbeit und weiser, gewissenhafter Selbstbescheidung erstand in der Tat eine Wohnstätte, in der sich neue Kräfte regten und mit ungeahnter, reißender Schnelligkeit entwickelten. Das ganze Wirtschaftsleben nahm eine neue Gestalt an.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese plötzliche Entwicklung nach einer bestimmten Seite hin manches zu bedrohen schien, was dem Fürsten Bismarck als wertvollstes Baumaterial beim Bau des Deutschen Reiches gedient hatte. Hier schien der Lebensaufgabe Bismarcks eine Grenze gesetzt zu sein, die ein Abirren der Nachfolger von der abgesteckten Bahn als naheliegende Gefahr erscheinen ließ. Es würde zu weit führen, im einzelnen nachzuweisen, wie weit die Reichsregierung nach der Entlassung Bismarcks dieser Gefahr wirklich erlag. Jedenfalls verlief die Entwicklung hier nicht ganz geradlinig. Es war die vom Fürsten Bülow klar erfasste Aufgabe einer neuen Epoche, die Richtlinien der Bismarckschen Politik in dem Sinne wieder aufzunehmen, daß inmitten der von Bismarck festgehaltenen allgemeinen Grundsätze nun auch die Forderungen ihren Platz fanden, die inzwischen durch die Entwicklung neuer wirtschaftlicher Kräfte gegeben waren, jedoch ohne Preisgabe der alten Werte, mit denen das Reich gegründet worden war. Daraus ergaben sich leicht die Grundzüge der Bülowschen Politik.

Fragt man sich nach den soeben erläuterten Gesichtspunkten, welcher Grundgedanke demzufolge die auswärtige Politik des Reiches bestimmen mußte, so ergibt sich die Notwendigkeit, den neuen Kräften im Wirtschaftsleben freie Bahn zu verschaffen, wie es unter Bismarck bereits durch den Beginn einer Kolonialpolitik geschehen war. Und zwar sollte das auf friedlichem Wege erreicht werden, jedoch so, daß das Reich in jedem Augenblick den etwa vom mißgünstigen Ausland bereiteten Hindernissen zu begegnen fähig war. Dieser „Übergang zur

Weltpolitik“, wie diese wirtschaftliche Entwicklung kurz bezeichnet worden ist, bedurfte also angesichts des Mißtrauens der fremden Mächte nicht nur einer besonderen diplomatischen Geschicklichkeit, sondern auch der Sicherung durch den Bau einer ausreichenden Flotte. Das war eine Aufgabe, die die Gefahr eines Konflikts mit England in sich schloß. — mit England, das nach den stets festgehaltenen Traditionen seiner auswärtigen Politik gewohnt war, eine Kontinentalmacht, die ein gewisses militärisches und wirtschaftliches Übergewicht erlangt hatte, als natürlichen Feind zu betrachten und sie durch geschickte Koalitionen mit anderen Mächten in Schach zu halten. Rechnet man dazu die Vorurteile, die der unerwartete rasche Aufschwung von Handel und Industrie Deutschlands bei der öffentlichen Meinung Englands wachgerufen hatte, und die besondere Sorge, die der Bau einer fremden Kriegsslotte dem auf seine Seeherrschaft eifersüchtig bedachten England stets verursacht, so ist klar, welche Gefahren und Schwierigkeiten gerade die Aufgabe, vor die sich Fürst Bülow gestellt sah, mit sich brachte. Es kamen weitere erschwerende Momente hinzu: die seit 1870 immer stärker fühlbar werdende Eifersucht und Unfreundlichkeit Englands hatte allmählich auch die öffentliche Meinung Deutschlands in Erregung versetzt; in diese Stimmungen hatte England durch die Krügerdepeche und ihre Nachwirkungen einen Einblick erhalten, der jenseits des Kanals die Feindseligkeit gegen Deutschland hier und da zur offenen Flamme entfachte. Die Stimmung des deutschen Volkes während des Burenkrieges hinterließ einen tiefen Eindruck in England und erschwerte der offiziellen deutschen Politik ihr Werk. Die fortdauernde unveröhnliche Feindschaft Frankreichs sicherte überdies jedem Gegner Deutschlands, um welche Sache es sich auch handeln mochte, von vornherein die Unterstützung der französischen Republik. Trotz aller dieser Erschwerungen hat Fürst Bülow die grundlegende Aufgabe der nachbismarckischen Zeit, die Begründung einer den weltpolitischen Aufgaben Deutschlands entsprechenden Kriegsmacht zur See, ohne dabei in äußere Konflikte zu geraten und die spätere Wiederanbahnung eines freundlicheren Verhältnisses zu England zu gefährden, erfolgreich gelöst. Das allein legitimiert den Fürsten Bülow schon als verständnisvollen und ebenbürtigen Fortsetzer des Bismarckschen Werkes in zeitgemäßem Sinne, und demgegenüber kann es wenig ins Gewicht fallen, ob er in allen Einzelheiten der europäischen Politik immer den Erwartungen gerecht geworden ist, die von erhitzten politischen Dilettanten und Freunden einer aufgeregten Bauwau- und Kaltwasserstrahlen-Politik an ihn gelegentlich gestellt wurden.

Ich muß es mir, um den Rahmen eines einzelnen Aufsatzes nicht zu überschreiten, versagen, auf Einzelheiten einzugehen, die der Leser in der klaren und glänzenden Begründung der Bülowschen Abhandlung besser kennen lernt. Man darf da also auf die Quelle verweisen. Ich gehe auch nicht auf eine viel angefochtene Episode der Bülowschen Politik ein, die Marokkofrage, weil ich sie in diesen Blättern schon so oft und gerade auch während der Jahre 1906 bis

1909 im Sinne des Fürsten Bülow behandelt habe, daß es einer Wiederholung für die Leser der Grenzboten nicht bedarf. Nur auf eines sei noch einmal hingewiesen: man findet den Schlüssel zur Marokkopolitik sogleich, wenn man sich auf die wirkliche Bismarcksche Politik besinnt, die den Machtzuwachs des Deutschen Reiches niemals auf dem Wege der Abenteuer und Spekulationen — etwa im Stil der Mexikoaffäre Napoleons des Dritten — oder in der Protektion von vornherein unerfüllbarer Ansprüche suchte, die vielmehr beim ersten Eintritt in eine Sache das wirklich Erreichbare feststellte und dementsprechend ihren Weg wählte. Und weitere Gesichtspunkte dabei sind: die von den Beurteilern soviel außer acht gelassene Würdigung des Zusammenhanges der Marokkofrage mit den Konstellationen der großen Politik, sowie die Sondernung der wesentlichen Wünsche und Ansprüche der deutschen Politik von den nebensächlichen, nur zu taktischen Zwecken aufgestellten Forderungen. Prüft man so die Marokkopolitik unbefangen, so wird man sehen, wie die angeblichen „Rückzüge“ und „Niederlagen“ in nichts zerfließen.

Schwieriger ist natürlich die Würdigung der inneren Politik des Fürsten Bülow, da sie noch zu sehr den Eindrücken des Parteikampfes unterworfen ist. Aber einiges darf doch dabei besonders hervorgehoben werden. Bismarckisch ist ihre Grundlage insofern, als sie ihre Richtlinien nicht aus irgendwelchen Parteianschauungen und allgemeinen Theorien über Staat und Gesellschaft — „Weltanschauungen“ nennen das ja mit Vorliebe die Parteien — entnahm, sondern aus den praktischen Anforderungen, die sich aus der gesamten Lage des Reiches, vor allem auch aus der Notwendigkeit seiner Selbstbehauptung unter anderen Mächten, ergaben. Die Parteien waren ihm wie Bismarck nur Mittel zum Zweck. Ich erwähnte bereits, daß die Entwicklung der neuen wirtschaftlichen Kräfte leicht dahin führen konnte, daß manche Werte, die für den Bau des Reiches unentbehrlich waren, verloren gingen. Bülow knüpfte auch darin an Bismarck an, daß er diese alten Werte festhielt. Die unerschütterliche Stellung der Monarchie und der Staatsautorität, die Wahrung der Tradition des Heeres, die Erhaltung der Lebenskraft der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Bauern — das waren ihm unantastbare Dinge. Und so stand er auch dem staatsfeindlichen Treiben der Sozialdemokratie unerbittlich und unveröhnlich gegenüber; da gab es für ihn keine Brücke. In allen diesen Beziehungen war er im besten und weitesten Sinne konservativ, ohne daß allerdings das Parteischema und die Parteiinteressen die geringste Gewalt über ihn gewannen. Denn das wußte und sah er deutlich, und darin mußte er wieder die zeitgemäße Fortsetzung Bismarckscher Staatskunst über Bismarck hinaus suchen, daß die veränderte Entwicklung der sozialen Verhältnisse in der neuen weltpolitischen Ära es nicht mehr gestattete, die politischen Anschauungen, die eine Grundlage dieser neuen Interessen bildeten, im Sinne der Kämpfe einer vergangenen Zeit als „reichsfeindlich“ abzustößeln. Daher bot er auch dem radikalen Flügel des Liberalismus die Hand und suchte ihn heranzuziehen, allerdings nur soweit er aus der

gewohnten unfruchtbaren Negation heraustrat und sich zu positiver Mitarbeit bereit zeigte. Auf diesem Wege erweiterte sich dem Fürsten Bülow der Kartellgedanke Bismarcks ganz naturgemäß zu dem politischen Gedanken, den er in der Blockpolitik verwirklichte, bis ihm der Unverstand der Parteien das weitere Wirken unmöglich machte. Wenn man sich diesen Zusammenhang klar macht, wird man besser verstehen, wie das Scheitern dieses leitenden Gedankens seiner Politik an der Verständnislosigkeit der Parteien ihn im Kern seines Wirkens traf. Die Blockpolitik war ihm nicht ein einzelnes Auskunftsmittel, sondern die Probe auf die Richtigkeit seiner ganzen politischen Tätigkeit, die natürliche Konsequenz seines staatsmännischen Wesens. Nichts ist lächerlicher als die Behauptung, er sei zurückgetreten, weil er nicht die erwartete Mehrheit für eine bestimmte Vorlage gefunden habe, und er habe dadurch dem parlamentarischen Prinzip die Tür geöffnet. Die Blockpolitik war nicht ein verunglücktes Experiment, sondern ein sehr bedeutungsvoller Versuch, die Politik bereits in die Bahn zu leiten, in die sie doch über kurz oder lang einmal zurückkehren muß, wenn das deutsche Volk den Aufgaben seiner Zukunft gewachsen bleiben soll. Daß dieser Versuch sich als verfrüht erwies, gereicht den Parteien, nicht dem leitenden Staatsmann, der ihn unternahm, zur Unehre.

Wir sind damit auf einen Punkt gekommen, der diese Betrachtungen, die auch hinsichtlich der Einzelfragen der inneren Politik den Leser auf die lichtvollen Auseinandersetzungen des Fürsten Bülow selbst verweisen müssen, abschließen mag. Ich bin überzeugt, daß unsere innere Politik nicht eher wieder eine erquickliche Wendung nehmen wird, als bis die Einsicht der Parteien gut gemacht haben wird, was sie 1909 in unheilvoller Kurzsichtigkeit gefehlt haben. Dann wird es klar werden, daß nur dann eine erfolgreiche Reichspolitik getrieben werden kann, wenn es möglich sein wird, die Linie nach den Anforderungen der Zeit weiter zu verlängern, die Fürst Bülow für seine Epoche im Sinne Bismarcks gezogen hat.

